

Penzberger Merkur v. 18./19.7.2015

„Penzberg braucht die Mietpreisbremse“

CSA-Kreisvorsitzender Michael Schmatz stellt Forderung auf und stößt im Rathaus auf Ablehnung

VON WOLFGANG SCHÖRNER

Penzberg – Für Penzberg soll die Mietpreisbremse eingeführt werden. Das fordert der Kreisvorsitzende der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerunion, Michael Schmatz. „In Penzberg gibt es seit Jahren einen großen Zuzug“, erklärt der Penzberger in einer Mitteilung, „in der Folge steigen die Mieten stark an.“ Der CSA-Kreisvorsitzende fordert die Stadt auf, sich bis zum 31. Dezember beim bayerischen Justizministerium zu melden. Bis zum Jahreswechsel kön-

nen sich Kommunen in München melden, die noch nicht zu den 144 Städten und Gemeinden in Bayern mit Mietpreisbremse gehören.

In den 144 Kommunen gilt die Bremse ab 1. August. Im Landkreis gehören bislang nur Weilheim und Bernried dazu. „Auch in Penzberg muss die Mietpreisbremse eingeführt werden“, so Michael Schmatz. Die Miete dürfe dann künftig beim Neuausschluss eines Mietvertrags höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Ausgenommen



Michael Schmatz

Der Penzberger ist Kreisvorsitzender der CSA. FOTO: FKN

sein Neubauten und die erste Vermietung nach einer umfassenden Modernisierung.

Im Penzberger Rathaus sieht man die Forderung des CSA-Kreisvorsitzenden sehr

skeptisch. Bürgermeisterin Elke Zehetner erklärte auf Anfrage, die Stadt habe ohnehin beim sozialen Wohnungsbau die Hand auf den Mieten sowie das Belegungsrecht für zahlreiche Wohnungen. Die Wohnbau Weilheim, sagte sie verlange im Schnitt einen Mietpreis von 4,65 Euro. „Ansonsten bin ich ein Verfechter von Angebot und Nachfrage“, sagte Zehetner. Man habe schon beim „Butterberg“ gesehen, wohin ein Eingriff führe. Sie glaube nicht an diese Art der Regulierung. Als Alternative, um

die Mieten zu bremsen, plädierte die Bürgermeisterin für die Schaffung von Wohnraum. Als Beispiel nannte sie die Projekte der Wohnbau Weilheim an der Saalangerstraße und der Gustavstraße sowie die städtischen Pläne, an der Birkenstraße neben Einzelhäusern auch neue Mietwohnungen zu schaffen.

Die Diskussion um eine Mietpreisbremse für Penzberg hatte der Stadtrat schon einmal vor zwei Jahren geführt. Damals forderten die „Bürger für Penzberg“ (BfP), für Penzberg als „Gebiet mit ange-

spanntem Wohnungsmarkt einen Antrag für eine Mietpreisbremse beim Freistaat stellen. In der damaligen Diskussion hatte das Rathaus klärt, dass dies Folgen für die Vergabe der Sozialwohnungen haben könnte. Dieses Belegungsrecht, hieß es, würde von der Stadt Penzberg zum Landkreis übergehen, dann die entsprechenden Wohnungen an Wohnungssuchende aus dem gesamten Landkreis zuweisen könnten. Der Antrag wurde daraufhin auch mit den Stimmen der BfP – abgelehnt.